

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für eine klare Spree – Berlin darf die Augen vor den Braunkohlefolgekosten nicht verschließen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Brandenburger Landesregierung eine Strategie vorzulegen, wie die permanent steigende Sulfatbelastung der Spree - die aus den Lausitzer Tagebauen stammt – reduziert werden kann. Um auch in Zukunft eine sichere Trinkwasserversorgung und eine stabile Infrastruktur zu gewährleisten, muss schnellstmöglich geklärt werden welche Ursachen und Auswirkungen der Sulfateintrag in der Spree hat.

Berlins konkreter Beitrag gegen die Spreeverockerung ist ein zügiger Braunkohleausstieg: Das Braunkohlekraftwerk Klingenberg, das auch Kohle aus der Lausitz bezieht, muss endlich wie versprochen bis 2016 stillgelegt werden.

Darüber hinaus soll sich der Senat in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe (Berlin, Brandenburg und Sachsen) „Flussgebietsbewirtschaftung Spree – Schwarze Elster“ für folgende Maßnahmen einsetzen:

1. Sofortige Planung, Finanzierung und Errichtung von Reinigungsanlagen für die aus Sachsen kommende Spree sowie für die brandenburgischen Spreewaldzuflüsse.
2. Schnellstmögliche Umsetzung von Maßnahmen zum Ausschluss von Eisenocker- und Sulfateintrag in die brandenburgische Spree, Schwarze Elster und Neiße nach Abschluss der genehmigten Tagebaue.
3. Gesetzliche Verpflichtung von Bergbaubetreibern zur gesicherten Rücklagenbildung für die Ewigkeitskosten. Schaffung gesetzlicher Grundlagen, auf deren Basis schnellstmöglich eine Reduzierung der Abbauplanung bzw. die gänzliche Aufhebung der Abbau-Genehmigung in

dem Fall erfolgen kann, wo die Fortführung von laufenden Tagebauen zu einer stark erhöhten Eisenerz- und Sulfatfracht in den Gewässern führt.

4. Keine Genehmigung neuer Tagebaue. Vattenfalls Tagebaupläne bergen u. a. unkalkulierbare Risiken für die Wasserqualität in der Lausitz und verstoßen damit auch gegen die überarbeitete Wasserrahmenrichtlinie der EU.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

Begründung:

Die einzigartige Auenlandschaft des Spreewalds bietet den natürlichen Lebensraum unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Seit mehr als 20 Jahren genießt der Spreewald den Status eines UNESCO-Biosphärenreservates und ist in großen Teilen als FFH- und Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Diese gerät durch eine zunehmende, massive Eisenhydroxid- und Sulfatbelastung aus ehemaligen und laufenden Tagebauen in Gefahr. Die Belastungen gefährden in Form der sogenannten Verockerung nicht nur die einmalige Naturlandschaft sowie die Existenz der gesamten Tourismusregion Spreewald; perspektivisch könnte das Sulfat auch die Trinkwasserversorgung Berlins gefährden. Hinzukommen könnten in Zukunft auch hohe Kosten für sulfatbedingte Schäden an Bauwerken und Brücken entlang der Spree.

Der Großteil der Maßnahmen muss an der Quelle in Brandenburg und Sachsen erfolgen. Berlin muss sich daher gegenüber den Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen nachdrücklich dafür einsetzen, dass schnellstmöglich die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

Das Braunkohlekraftwerk Klingenberg ist nicht nur für massive Umweltzerstörung in der Lausitz verantwortlich, es ist auch ein Klimakiller sondergleichen: Mit einem CO₂-Ausstoß von 1,5 Mio Tonnen jährlich – das entspricht acht Prozent von Berlins gesamten CO₂-Emissionen – hat es einen maßgeblichen Anteil an Berlins klimaschädlichen Emissionen. Vattenfall hatte versprochen, Berlin letztes Braunkohlekraftwerk spätestens 2016 stillzulegen. Das Abgeordnetenhaus sollte auf der Einhaltung dieser Zusage bestehen, auch wenn Vattenfall davon nichts mehr wissen will.

Berlin, den 11. März 2014

Pop Kapek Gebel
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen